

Betreff:

Photovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.04.2007

Antragstext:

Vorbemerkung

Der Klimawandel, hervorgerufen durch die CO₂-Emissionen, die beim Verbrennen fossiler Brennstoffe entstehen, wird generell als eines der wichtigsten Zukunftsprobleme gesehen. Neben den durch ungünstige Heizungsanlagen und Wärmedämmungen sowie den durch Verkehr hervorgerufenen Emissionen stellt die so genannte Verstromung (Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Öl, Gas u.a.) die Hauptursache für den Ausstoß von CO₂ dar.

Jede Solarzelle erzeugt Strom durch die Umwandlung der Strahlungsenergie der Sonne in elektrische Energie (Photovoltaik). Dieser Strom muss nicht durch die klimaschädliche Verbrennung fossiler Rohstoffe erzeugt werden. Dank des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG, novelliert Fassung von 2004) besteht auch die Garantie der Abnahme des durch Solarzellen erzeugten Stroms – die Einspeisung in die Stromnetze ist gesetzlich geregelt, eine (hohe) Vergütung ist gesichert.

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge der Ausschuss beschließen:

- Der Magistrat wird gebeten, zu berichten, was sich seit dem letzten Bericht zur “Nutzung von Dächern kommunaler Liegenschaften für private Photovoltaik-Anlagen” vom März 2005 bisher getan hat, also wie viele Dächer kommunaler Liegenschaften zur Stromgewinnung mittels Solaranlagen genutzt werden.
- Der Magistrat wird gebeten, eine systematische Aufstellung aller geeigneten Dächer von öffentlichen Liegenschaften vorzulegen. Hierunter sind insbesondere alle Liegenschaften zu erfassen, die im Eigentum von Bund, Land, anderen öffentlichen Körperschaften, Gemeinden oder Gemeindeverbänden stehen sowie im Eigentum von Gesellschaften, die sich überwiegend im Eigentum der öffentlichen Hand befinden. Dieser Katalog soll den Standort und die nutzbare Fläche enthalten sowie die Verantwortlichen zur Vergabe dieser Dachflächen.
- Der Magistrat wird ergänzend gebeten, insbesondere eine systematische Aufstellung solcher privater Groß-Immobilien vorzulegen (großflächiger Einzelhandel, Speditionen, Banken, Versicherungen usw.), bei denen allein auf Grund der Größe des Objektes relativ günstige Voraussetzungen für den Einsatz von Solaranlagen bestehen. In diesem Zusammenhang wird der Magistrat gebeten eine Kommunikationsstrategie vorzulegen, wie die Eigentümer derartiger Liegenschaften gebeten werden können, diese Objekte für die Erzeugung von Solarenergie zu nutzen.
- Der Magistrat wird gebeten darzulegen, welche Aktivitäten die Landeshauptstadt Wiesbaden bisher unternommen hat, um Interessierte auf die Möglichkeit der Photovoltaik-Nutzung auf

Antrag Nr. 07-F-01-0034

16 Büro der STVV

Dächern öffentlicher Gebäude aufmerksam zu machen und welche Initiativen, Organisationen, Institutionen oder Personen sie sich vorstellen kann, die hierfür in Frage kommen.

- Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob und ggf. in welcher Weise eine Kooperation der Stadt selbst oder der Klimaschutzagentur mit der Hessenenergie GmbH, Mainzer Straße 98-102, 65189 Wiesbaden besteht oder eingerichtet werden kann.
- Der Magistrat wird gebeten, die Aufnahme Wiesbadens in die Solarbundesliga zu veranlassen.

Begründung:

Wiesbaden, 17.04.2007

gez.

F.d.R.

Klaus Ries
Umweltpolitischer Sprecher

Christian Lahr
Fraktionsassistent